

► **Nr. VO/2024/13617**
öffentlich

Lübeck, 01.10.2024

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftstelle LINKE & GAL

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: katja.mentz@luebeck.de Telefon: 122-1067)

AM Andreas Müller (Linke): Verhütungsmittelfonds

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
05.11.2024	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung

Antrag:

1. Der Beschluss des Sozialausschusses (VO/2019/07701-01) wird neu gefasst. Der darin enthaltene Satz „Der städtische Anteil an den Projektkosten sinkt jährlich um 5%.“ wird gestrichen.
2. Die Schwangerenberatungsstellen in Lübeck werden in die erste Sitzung des Sozialausschusses im Jahr 2025 eingeladen, um über den Verhütungsmittelfonds zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der ersten Sitzung des Sozialausschusses im Jahr 2025 ihre Einschätzung zum Verhütungsmittelfonds vorzutragen.

Begründung:

Leider hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck auf das Schreiben der Schwangerenberatungsstellen in Bezug auf die notwendige finanzielle Ausstattung für das Kalenderjahr 2025 im Haushalt 2025 nicht reagiert. Dies macht nach meiner Auffassung eine schnellstmögliche Befassung des Sozialausschusses mit dem Inhalt des Schreibens erforderlich. Das Schreiben der Schwangerenberatungsstellen ist dem Antrag als Anlage beigelegt.

Anlagen:

Ausschussmitglied

Arbeitskreis der Lübecker Schwangerschaftsberatungsstellen



Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln in Lübeck seit 2020 Bitte um Erhöhung des jährlichen Budgets ab 2025

Sehr geehrte Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft,

der Verhütungsmittelfonds in Lübeck hat sich über Jahre bewährt.

Neben der Gesundheitsvorsorge, Familienplanung und der Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung, ermöglicht er insbesondere benachteiligten Gruppen einen Zugang zu ärztlich verordneten Verhütungsmitteln und trägt zur Prävention ungewollter Schwangerschaften und von Schwangerschaftsabbrüchen bei.

Wir wenden uns heute an Sie, um auf die aktuelle Situation hinsichtlich der Zuschüsse für Verhütungsmittel aufmerksam zu machen. Der **Bürgerschaftsbeschluss vom 20.06.2019** sieht eine jährliche Kürzung dieser Zuschüsse um 5 % vor. Dies stellt jedoch angesichts des gestiegenen Bedarfs und der stark erhöhten Kosten im Bereich der Verhütung ein erhebliches Problem dar.

Allein im Jahr 2023 ist die Zahl der Anträge auf Kostenübernahme von Verhütungsmitteln von 474 auf 541 gestiegen. Parallel dazu sind die medizinischen Kosten massiv angestiegen. Beispielsweise haben sich die Kosten für Material und die Einlage einer Spirale von durchschnittlich 300 € auf ca. 400 € erhöht. Ähnliche Entwicklungen sind auch bei anderen Verhütungsmethoden zu beobachten. Diese Preissteigerungen belasten insbesondere Menschen mit geringem Einkommen sehr und führen dazu, dass wir perspektivisch immer weniger Anträge bewilligen können!

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie bitten, die Absenkung der Zuschüsse zu überdenken. Um den wachsenden Bedarf decken zu können, wäre es als Mindestmaßnahme notwendig, den Zuschuss auf dem aktuellen Niveau (65.160€) zu stabilisieren und von weiteren Kürzungen abzusehen. Im besten Fall wäre es wünschenswert, zur früheren jährlichen Summe von 80.000 € zurückzukehren, um den Betroffenen weiterhin eine sichere und selbstbestimmte Familienplanung zu ermöglichen.

Darüber hinaus halten wir es im Sinne der Gleichberechtigung für notwendig, die Sterilisation für alle Geschlechter in den Leistungskatalog aufzunehmen. Wir erhalten hierzu regelmäßig Anfragen, und in nahezu allen anderen Kommunen und Kreisen in Schleswig-Holstein, die ein vergleichbares Angebot haben, ist die Sterilisation bereits inbegriffen.

Es ist wichtig zu betonen, dass dieses Projekt in einer durch die Pandemie stark eingeschränkten und verunsicherten Zeit gestartet wurde. Heute stellt es für viele Lübeckerinnen eine wertvolle Unterstützung dar, für die wir sehr dankbar sind.

Besonders das „Corona-Jahr“ 2020 führte dazu, dass die beteiligten Beratungsstellen erst nach Juni vollständig operativ tätig werden konnten. Geplant war ein offizieller Start mit Pressebegleitung im April 2020, der durch die Coronabeschränkungen jedoch nie stattgefunden hat. Dadurch entstanden im ersten Jahr deutliche Überträge ins Folgejahr. Auch aus diesem Grund stellen wir erst jetzt einen Förderantrag über weitere 10.000 € bei einer Stiftung.

Arbeitskreis der Lübecker Schwangerschaftsberatungsstellen



Ob dieser Antrag bewilligt wird, ist jedoch unsicher, da in Schleswig-Holstein viele vergleichbare Anträge in letzter Zeit abgelehnt wurden.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Engagement und hoffen auf Ihre Unterstützung, um dieses wichtige Projekt auch in Zukunft angemessen finanzieren zu können.

pro familia Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Beratungsstelle Lübeck
Fackenburger Allee 11, 23554 Lübeck
T: 0451 / 62 33 09

Humanistische Union e.V., Beratung für Frauen, Familien und Jugendliche
Hansestr, 24
23558 Lübeck, T: 0451 / 8 19 33

Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Caritas Lübeck
Fegefeuer 2, 23552 Lübeck
T: 0451 / 799 46 130

Donum Vitae in Schleswig-Holstein e.V.
Große Burgstraße 51
23552 Lübeck
Tel: 0173-6011318

Gemeinmediakonie Lübeck e.V.
Beratungszentrum Huxterdamm
Huxterdamm 18, 23552 Lübeck
T: 0451 / 79 32 29